



KRÄH FELD

**BÜNDNIS '90
DIE GRÜNEN**

**RATSFRAKTION DER
STADT KREFELD**

VON-DER-LEYEN-PLATZ 1
47798 KREFELD

TEL.: 021 51/86 20 35

FAX: 021 51/86 20 40

SPRECHZEITEN:

MO.-DO. 9 - 16 UHR

FREITAG 9 - 12 UHR

Ratsfraktion/Bündnis 90-Die Grünen/Von-der-Leyen-Platz 1/47798 Krefeld

«Anrede»

«Vorname» «Name»

«Straße»

«Postleitzahl» «Ort»

Ratsresolution: Bleiberecht für langfristig geduldete Flüchtlinge

17.08.06

Sehr geehrte«Adresse1.» «Name»,

Schätzungsweise über 200 000 Menschen leben in Deutschland in einer rechtlichen Grauzone: behördlich „geduldet“, aber ohne Aufenthaltsrecht, über 150 000 bereits länger als 5 Jahre. Viele sind Kriegsflüchtlinge, die kein Asyl erhielten, aber nicht abgeschoben werden konnten. Inzwischen haben sie sich in Deutschland integriert. Für die hier aufgewachsenen Kinder und Jugendliche ist Deutschland ihr Zuhause. Doch selbst nach jahrelangem Aufenthalt droht ihnen die Abschiebung.

Nach Angaben der Krefelder Sozialverwaltung leben z.Zt. in Krefeld 550 Menschen mit Duldungsstatus. 4 schulpflichtige Kinder mit dem Aufenthaltstatus „Kettenduldung“ aus Krefeld sind in diesem Jahr bereits abgeschoben worden. Die Problematik und Tragik langfristig Geduldeter ist in Krefeld an dem mehr als 18 monatigen Kirchenasyl der Familie Manaz überdeutlich geworden. Schon mehrmals hat eine Bleiberechtsregelung für langfristig Geduldete auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz gestanden, die über Bleiberechtsregelungen und eine sog. Altfallregelung für langfristig Geduldete entscheidet. Bei der nächsten Innenministerkonferenz im November soll nun wiederum über ein einheitliches Bleiberecht diskutiert und entschieden werden. Die Entscheidung muss einstimmig erfolgen!

Um endlich den Betroffenen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, werden in den Stadt- und Gemeinderäten Resolutionen eingebracht, um jetzt endlich ein Bleiberecht für langfristig Geduldete zu ermöglichen. So wurde die beiliegende Resolution im Essener Stadtrat am 24.05.06 von allen 4 im Rat vertretenen Parteien beschlossen. Wir möchten diese Resolution gleichlautend in die nächste Sitzung des Stadtrates am 7.9.06 einbringen und beschließen lassen und bemühen uns im Vorfeld um Zustimmung der anderen Fraktionen. Die Ratsfraktion der SPD hat bereits entschieden der Resolution zuzustimmen.

Wir möchten Sie und Ihre Organisation bitten durch öffentliche Stellungnahmen, Schreiben an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen oder an einzelne Ratsmitglieder, Anschreiben an den Oberbürgermeister etc. unser Anliegen zu unterstützen.

Zu evtl. Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen

Ch. Bänders, Ratsherr
migrationspolitischer Sprecher

Anlage: Ratsresolution

SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Krefeld

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Krefeld

Herrn
Oberbürgermeister
Gregor Kathstede

-Rathaus-

Krefeld, den 23.08.2006

Sitzung des Stadtrates am 07.09.2006
Aufenthaltsrechtliche Situation der Flüchtlinge mit ungeklärter Staatsangehörigkeit


Sehr geehrter Herr Kathstede,

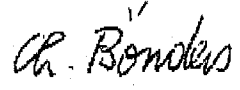
wir beantragen, dass oben genannter Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 07.09.2006 aufgenommen wird. Hierzu soll folgender Beschluss gefasst werden:

1. Der Rat der Stadt Krefeld unterstützt alle Bemühungen, die die Integration ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen fortsetzen und intensivieren. Dazu gehört auch die Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen. Insbesondere ist der Rat der Auffassung, dass es nicht länger hinzunehmen ist, dass wir Kinder aus Migrantenfamilien, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder schon über ein Jahrzehnt und länger hier leben und voll integriert sind, aus formalen Gründen oder aufgrund von Gesetzesverstößen ihrer Eltern abschieben müssen.
2. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Rat, dass sich die Innenministerkonferenz im Rahmen ihrer nächsten Tagung im kommenden Herbst mit dieser Problematik befassen will, um langjährig hier lebenden Flüchtlingen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ein Leben in Deutschland zu ermöglichen. Der Rat unterstützt damit die vom nordrhein-westfälischen Innenministerium auf der Innenministerkonferenz im Dezember vorgeschlagene Regelung und begrüßt das Tätigwerden in dieser Angelegenheit nach der Landtagswahl 2005.
3. Der Rat bittet vor diesem Hintergrund das Innenministerium, Möglichkeiten aufzuzeigen, damit nicht vor der von der Landesregierung begehrten Regelung gegenteilige und insbesondere aufenthaltsbeendende Fakten geschaffen werden (müssen).
4. Der Rat geht davon aus, dass die Krefelder Ausländerbehörde ihre Möglichkeiten und ihr Ermessen im Sinne dieses Antrags nutzen wird.
5. Der Rat ist sich bewusst, dass die auf der Innenministerkonferenz diskutierten Regelungen nur einen Teil der unter Punkt 1 genannten Fälle abdecken werden. Von daher sind weitere Anstrengungen notwendig.

Begründung:
Erfolgt mündlich

Mit freundlichen Grüßen


Uli Hahnen
SPD-Fraktion


Christoph Bänders
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen